



#Scientists4Future - Fridays For Future - Pressekonferenz in Graz
Dienstag, 12. März 2019, 11:00-12:00 Uhr
Medienzentrum Steiermark, Hofgasse 16, 8010 Graz



Wissenschaftler innen:

Univ.-Prof. Dr. Gottfried Kirchengast (CCCA & Klimaforscher Uni Graz, ÖAW)
Univ.-Prof. Dr. Eva Schulev-Steindl (CCCA & Klima- und Umweltjuristin Uni Graz)
Dr. Peter Riedler (Vizektor Finanzen-Ressourcen-Standortentwicklung, Uni Graz)

Fridays For Future Graz Initiator innen:

Marlene Seidel, Jakob Prettenthaler und Lena Stuhlpfarrer

#Scientists4Future

<https://www.scientists4future.org>

Gemeinsame Stellungnahme von deutschen, österreichischen und Schweizer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu den Protesten für mehr Klimaschutz – #Scientists4Future

Die Anliegen der demonstrierenden jungen Menschen sind berechtigt

Zurzeit demonstrieren regelmäßig tausende junge Menschen für Klimaschutz und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erklären wir auf Grundlage gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse: **Diese Anliegen sind berechtigt und gut begründet. Die derzeitigen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres- und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus.**

Das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 verpflichtet die Staaten völkerrechtlich verbindlich, die **globale Erwärmung deutlich unter 2 °C** zu halten. Darüber hinaus haben alle Länder Anstrengungen versprochen, **die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen.**

Es kommt nun darauf an, die Netto-Emissionen von CO₂ und anderen Treibhausgasen schnell abzusenken und weltweit spätestens zwischen 2040 und 2050 auf null zu reduzieren. Eine schnellere Absenkung erhöht hierbei die Wahrscheinlichkeit, 1,5 °C zu erreichen. Die Verbrennung von Kohle sollte bereits 2030 fast vollständig beendet sein, die Verbrennung von Erdöl und Erdgas gleichzeitig reduziert werden, bis alle fossilen Energieträger durch klimaneutrale Energiequellen ersetzt worden sind. Unter Berücksichtigung von globaler Klimagerechtigkeit müsste in Europa dieser Wandel sogar noch deutlich schneller ablaufen.

Auch wenn weiterhin Beteiligungs- und Diskussionsbedarf besteht: Jetzt muss gehandelt werden. Beides schließt einander nicht aus. Es gibt bereits viele gesellschaftliche und technologische Innovationen, die Lebensqualität erhalten und menschliches Wohlergehen verbessern können, ohne unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

In allen deutschsprachigen Ländern werden beim Umbau der Bereiche Energie, Ernährung, Landwirtschaft, Ressourcennutzung und Mobilität die notwendige Größenordnung und Geschwindigkeit nicht erreicht.

Deutschland wird die selbstgesteckten Klimaschutzziele für 2020 verfehlen und auch die Erreichung der Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für 2030 ist hochgradig gefährdet. Zudem mangelt es weiterhin an einem wirksamen Klimaschutzgesetz.

Österreich hat sich in seiner Klima- und Energiestrategie Ziele gesetzt, die dem Pariser Vertrag in keiner Weise gerecht werden und selbst dafür sind weder die erforderlichen Maßnahmen noch die finanziellen Mittel vorgesehen. Zugleich sind Bodenverbrauch und -versiegelung pro Person und Jahr in Österreich die höchsten in Europa.

Die Schweiz hat ihre Treibhausgas-Emissionen seit 1990 nur geringfügig verringert; gleichzeitig stiegen die im Ausland verursachten Emissionen erheblich an. In der ersten parlamentarischen Debatte zur



Totalrevision des CO₂-Gesetzes wurden die inländischen Reduktionsziele gestrichen und die Reduzierung der Schweizer Emissionen sollte durch Kompensation im Ausland erfolgen. Schließlich ist das Gesetz vorläufig gescheitert.

Die jungen Menschen fordern zu Recht, dass sich unsere Gesellschaft ohne weiteres Zögern auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Ohne tiefgreifenden und konsequenten Wandel ist ihre Zukunft in Gefahr. Dieser Wandel bedeutet unter anderem: Wir führen mit neuem Mut und mit der notwendigen Geschwindigkeit erneuerbare Energiequellen ein. Wir setzen Energiesparmaßnahmen konsequent um. Und wir verändern unsere Ernährungs-, Mobilitäts- und Konsummuster grundlegend.

Vor allem die Politik steht in der Verantwortung, zeitnah die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Insbesondere muss klimafreundliches und nachhaltiges Handeln einfach und kostengünstig werden, klimaschädigendes Handeln hingegen unattraktiv und teuer (z. B. durch wirksame CO₂-Preise, Einstellung von Subventionen für klimaschädliche Handlungen und Produkte, Effizienzvorschriften und soziale Innovationen). Eine sozial ausgewogene Verteilung von Kosten und Nutzen des Wandels ist dabei unerlässlich.

Die enorme Mobilisierung der neuen Bewegungen („Fridays for Future“ in Deutschland und Österreich, „Klimastreik“ in der Schweiz) zeigt, dass die jungen Menschen die Situation verstanden haben. Ihre Forderung nach schnellem und konsequentem Handeln können wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur nachdrücklich unterstreichen.

Als Menschen, die mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut sind und denen die derzeitigen Entwicklungen große Sorgen bereiten, sehen wir es als unsere gesellschaftliche Verantwortung an, auf die Folgen unzureichenden Handelns hinzuweisen.

Nur wenn wir rasch und konsequent handeln, können wir die Erderwärmung begrenzen, das Massenaussterben von Tier- und Pflanzenarten aufhalten, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und eine lebenswerte Zukunft für derzeit lebende und kommende Generationen gewinnen. Genau das möchten die jungen Menschen von „Fridays for Future/Klimastreik“ erreichen. Ihnen gebühren unsere Achtung und unsere volle Unterstützung.

Die Liste der Unterzeichnenden sowie die fachlichen Grundlagen für diese Stellungnahme (Anhang mit einigen wichtigen Fakten sowie Quellenangaben) finden sich unter <https://www.scientists4future.org>.

Die Unterzeichnung durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist noch weitere zwei Tage bis einschließlich Do. 14.03.2019 (23:59 MEZ) online über die [scientists4future.org](https://www.scientists4future.org) website möglich. Zu den in fachlichen Teilbereichen im Bereich Klima & Nachhaltigkeit führenden bisherigen Unterzeichnenden in Österreich gehören beispielsweise: Prof. Dr. Ulrich Brand, Prof. Dr. Martin H. Gerzabek, Dr. Hans-Peter Hutter, Prof. Dr. Georg Kaser, Prof. Dr. Gottfried Kirchengast (Ö. Koord.), Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb (Ö. Koord.), Prof. Dr. Reinhold Lang, Prof. Dr. Lukas Meyer, Prof. Dr. Nebojsa Nakicenovic, Prof. Dr. Franz Rauch, Prof. Dr. Renée Schröder, Prof. Dr. Eva Schulev-Steindl, Prof. Dr. Sigrid Stagl, Dr. Michael Staudinger, Prof. Dr. Karl Steininger, Prof. Dr. Klement Tockner, Dr. Isabella Uhl-Hädicke, Prof. Dr. Verena Winiwarter.